

SPD-Stadtratsfraktion - Maxstraße 65 - 67059 Ludwigshafen

Frau Oberbürgermeisterin
Jutta Steinruck
Stadtverwaltung
Rathaus
67059 Ludwigshafen

19.04.2021

Antrag zum Hauptausschuss am 26. April 2021: Zügige Umsetzung der neuen Umwelt- bzw. Müll-Bußgeldvorschriften des Landes

Sehr geehrter Frau Oberbürgermeisterin Steinruck,

die SPD-Stadtratsfraktion beantragt

dass die Stadtverwaltung umgehend alle nötigen Schritte zur kommunalen Umsetzung des neuen rheinland-pfälzischen Bußgeldkatalogs Umweltschutz („Bußgeldkatalog zur Ahndung von Ordnungswidrigkeiten im Bereich des Umweltschutzes – Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten Nr. 101-05 01/2019-3“) einleitet und umsetzt, dazu soweit nötig bisherige kommunale Regelungen aufhebt bzw. ändert und spürbare Bußgeldregelungen verfolgt.

Begründung:

Mit dem neuen rheinland-pfälzischen Bußgeldkatalog Umweltschutz hat das rheinland-pfälzische Umweltministerium mittlerweile die verwaltungsrechtlichen Voraussetzungen für deutlich höhere Bußgelder bei illegaler Müllentsorgung geschaffen. Umgesetzt wird damit nun eine nachdrückliche Forderung der SPD Ludwigshafen, für die sich insbesondere Oberbürgermeisterin Jutta Steinruck sowie unsere Landtagsabgeordneten Anke Simon und Heike Scharfenberger in Mainz intensiv eingesetzt haben. Von den Menschen vor Ort und aus vielen Ortsbeiräten kommen zu Recht immer wieder die Klagen über zunehmende Vermüllung. Ein neuer Bußgeldkatalog kann neben dem Mängelmelder, mehr Personal bei der Stadtreinigung, der Aufklärungskampagne und den ab Sommer verstärkt einsetzbaren Mülldetektiven ein weiterer wichtiger Baustein unserer OB im Kampf gegen Müll werden. Bei der Umsetzung des neuen Bußgeldkatalogs ist auf die begonnenen Anstrengungen hinsichtlich effektiver Vollzugsmaßnahmen weiter aufzubauen.

Die weitere Begründung erfolgt mündlich.

Freundliche Grüße



David Guthier, Fraktionsvorsitzender